



## Nach dem Fracking-Erlaubnispaket der Bundesregierung: „GEGEN GASBOHREN“ kämpft verstärkt gegen die gefährliche Gas- und Ölgewinnung

(Quakenbrück, Berlin, 11.10.2016) Auf dem Bundestreffen des Zusammenschlusses „GEGEN GASBOHREN“ am 8./9.10.2016 in Quakenbrück haben die Fracking-Gegner klargestellt, dass sie sich durch das von der Bundesregierung verabschiedete und Anfang August veröffentlichte Pro-Fracking-Recht nicht von ihrem Widerstand abbringen lassen. Der Kampf gegen die unbeherrschbare Risikotechnik wird weitergehen und um jedes Bohrloch erfolgen. Das Bündnis machte zudem klar, dass angesichts der erhöhten Krebsraten an Förderstandorten eine ungebremste Fortsetzung der Gas- und Ölförderung unverantwortlich ist. „GEGEN GASBOHREN“ erteilte auch den Plänen der niedersächsischen Landesregierung eine Absage, vor Ort zu fracken und die entstehenden Bohrschlämme in anderen Bundesländern entsorgen zu lassen.



Foto: Teilnehmer/innen des Bundestreffens von GEGEN GASBOHREN in Quakenbrück

Die Fracking-Gegner betonten auf ihrem Treffen, dass der Widerstand einerseits mit phantasievollen Aktionen außerhalb von Verwaltungsverfahren erfolgen werde. Zudem werde man sich jetzt verstärkt in bergrechtliche Genehmigungsverfahren für Fracking-Vorhaben und die Versenkung von Lagerstättenwasser einbringen. „GEGEN GASBOHREN“ geht davon aus, dass eine Vielzahl von Anträgen der Energiekonzerne zur Zulassung von Betriebsplänen nicht die Mindestanforderungen für eine

rechtmäßige Genehmigung erfüllt. Auf eine Versagung der Anträge werden die Fracking-Kritiker mit ihrem großen Sachverstand jetzt in Einwendungen und Erörterungsterminen drängen.

Im Umfeld von Erdgas- und Erdölförderplätzen sind schon heute Gesundheitsbeeinträchtigungen wie Krebserkrankungen der Anwohner zu verzeichnen. Mit der durch das Fracking-Regelungspaket möglichen und zu erwartenden Ausweitung der Förderaktivitäten steht zu befürchten, dass auch hier diese bereits in den USA wissenschaftlich belegten Erkrankungen deutlich zunehmen werden. „GEGEN GASBOHREN“ betont, dass eine Weiterführung der Gas- und Ölförderung nicht zu verantworten ist, solange die Ursachen der erhöhten Krebsraten in der Umgebung der Gas- und Ölförderplätze in Niedersachsen nicht zweifelsfrei geklärt sind.

„GEGEN GASBOHREN“ wendet sich auch gegen die Sankt-Florians-Politik der niedersächsischen Landesregierung bei der Entsorgung von Bohrschlämmen, die bei der Gasförderung anfallen. Bereits jetzt entsorgt Niedersachsen das Inventar vorhandener Bohrschlammgruben fast ausschließlich in Nordrhein-Westfalen. Auch für die Zukunft ist keine Änderung dieser Politik abzusehen. Die bei der Förderung von Gas aus Tight-Gas-Reservoirs anfallenden Bohrschlämme sollen auch zukünftig aufgrund fehlender Entsorgungskapazitäten regelmäßig auf Giftmülldeponien außerhalb Niedersachsens verbracht werden. Damit wird die Gasförderpolitik Niedersachsens auf Kosten anderer Bundesländer durchgesetzt. Die Anti-Fracking-Bewegung lehnt einen derartigen Giftmüllexport ab. Die Konsequenz ist klar: Wenn keine umweltfreundliche Entsorgung vor Ort gesichert ist, muss die Genehmigung eines Vorhabens mit Bohrschlammanfall versagt werden.

Bereits jetzt hat der Klimawandel bedrohliche Ausmaße angenommen. Dabei schädigt schon die bisherige Gas- und Ölförderung das Klima. Durch Fracking und die damit verbundenen Methanemissionen würde dies noch erheblich verstärkt werden. Fracking ist daher als Brückentechnik gänzlich ungeeignet, betonte die Versammlung.

Angesichts dieser gravierenden Folgen von Fracking wird deutlich: Das Fracking-Erlaubnispaket dient nicht dem Schutz von Mensch und Natur, sondern lediglich den wirtschaftlichen Interessen der Gas- und Ölförderfirmen.

Weitere Informationen zum Thema Fracking: <http://www.gegen-gasbohren.de>